



Kommunale Bürger/innenbeteiligung

Abschlussbericht

Juni 2015

Impressum

Herausgeber

Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e. V.

Arvid-Harnack-Straße 1

07743 Jena

www.orbit-jena.de

Telefon: (+ 49) 03641 / 636 99 16

Fax: (+ 49) 03641 / 636 99 17

Verantwortlich

Ines Morgenstern

Luzia Rosenstengel (M. A.)

unter Mitwirkung von

Lisa Ihle (M. A.)

Fabian Kötsche (B. A.)

Redaktionsschluss

Juni 2015

INHALT

Inhalt	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Tabellenverzeichnis	5
1 Einleitung	6
2 Untersuchungsdesign.....	7
3 Bürger/innenbeteiligung in den untersuchten Kommunen.....	10
3.1 Sozialstatistische Angaben	10
3.2 Bedingungen und Kenntnisse.....	13
3.2.1 Bedingungen kommunaler Bürger/innenbeteiligung	13
3.2.2 Kenntnisse hinsichtlich Bürger/innenbeteiligung	19
4 Erkenntnisse für den konzeptionellen Rahmen	21
4.1 Rahmenbedingungen.....	21
4.2 Zielgruppe.....	22
4.3 Inhalte und Methoden	26

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1 Vorgehen zur Entwicklung des Curriculums.....	7
Abbildung 2 Altersstruktur der Stichprobe	10
Abbildung 3 Berufliche Funktionen der Befragten	11
Abbildung 4 Rücklauf in den Bundesländern	12
Abbildung 5 Generelles Vorhandensein von Beteiligungsmöglichkeiten	13
Abbildung 6 Bestehensdauer von Beteiligungsmöglichkeiten in der jeweiligen Kommune.....	14
Abbildung 7 Bereiche der Bürger/innenbeteiligung	14
Abbildung 8 Positive Erfahrungen mit Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune (kategorisiert)	15
Abbildung 9 Probleme bei Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune	16
Abbildung 10 Probleme bei Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune (kategorisiert).....	17
Abbildung 11 Kenntnisse bezüglich Bürger/innenbeteiligung	19
Abbildung 12 Bedeutsamkeit von Rahmenbedingungen.....	21
Abbildung 13 Bedeutsamkeit von Rahmenbedingungen (kategorisiert).....	22
Abbildung 14 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung ...	22
Abbildung 15 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Alter	23
Abbildung 16 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Geschlecht	23
Abbildung 17 Rollen im Rahmen von Bürger/innenbeteiligung (349 Nennungen)	24
Abbildung 18 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Rolle	25
Abbildung 19 Bedeutsamkeit einzelner Inhalte als Bestandteil eines Curriculums	26
Abbildung 20 Bedeutsamkeit bestimmter Methoden als Bestandteil von Weiterbildungsangeboten.....	27
Abbildung 21 Vermittlungsmethoden im Rahmen von Weiterbildungsangeboten	28

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1 Geschlechterverteilung der Stichprobe	10
Tabelle 2 Zehn häufigste Ausbildungen der Befragten.....	11
Tabelle 3 persönliche Kenntnisse in bestimmten Gebieten der Bürger/innenbeteiligungsverfahren (Nennungen).....	20

1 EINLEITUNG

Politische Beteiligung der Bürger/innen, so haben viele Städte und Kommunen bereits erkannt, darf sich nicht nur auf Mitbestimmung bezüglich konkreter Projekte und Vorhaben beschränken, sondern muss langfristig zu einem selbstverständlichen Teil des politischen Alltags werden. Eine zentrale Herausforderung dabei ist es, die Bürgerinnen und Bürger für die Mitwirkung zu sensibilisieren und den Prozess der Beteiligung zielorientiert zu gestalten. Da das Instrument der Bürger/innenbeteiligung jedoch ein noch relativ junges, sich entwickelndes Feld ist, haben die Mitarbeiter/innen in den Kommunen bisher noch in keinem ausreichenden Umfang die Möglichkeit, auf Erfahrungswerte oder tiefgründig vorhandenes Methodenwissen in diesem Bereich zurückzugreifen. Allerdings steht und fällt ein solches Projekt im Endeffekt mit einer soliden methodischen Vorgehensweise, welche die Grundlage einer guten Praxis definiert. Essenziell ist es daher, dass den verantwortlichen Verwaltungsmitarbeitern/innen und Entscheidungsträgern/innen der Kommunen das gewisse methodische „Know-how“ vermittelt wird, um die Mitwirkung der Bürger/innen zielgerichtet und ergebnisorientiert zu gestalten.

Um eine fachlich fundierte Begleitung und Durchführung dieser Beteiligungsprozesse gewährleisten zu können, bedarf es vielseitiger (breit angelegter) aufeinander abgestimmter Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die verantwortlichen Mitarbeiter/innen der Kommunen. Die Heinrich-Böll-Stiftung verfolgt hiermit das Ziel einer Implementierung eines solchen Angebotes und schafft somit eine Brücke hin zu einer erfolgreichen Praxis in der Bürger/innenbeteiligung. Schwerpunkte bilden dabei die Bereiche der informellen Beteiligungsverfahren, strategische Ansätze zum Einfügen neuer Beteiligungsstrukturen sowie die aktuelle Beteiligungsforschung. Auch im Interesse einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Bürger/innenbeteiligungskultur im übergreifenden Sinne spielt das Ausarbeiten von neuen Seminarreihen und Curricula in diesen Bereichen eine überaus bedeutende Rolle.

Mit dem nachfolgend angeführten Bericht wird das Vorgehen zur Entwicklung des Curriculums (Untersuchungsdesign), die erzielten Erkenntnisse und Ergebnisse beschrieben.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Die vorliegende Konzeptentwicklung stützt sich zum einen auf eine Markt-, zum anderen auf eine Bedarfsanalyse.

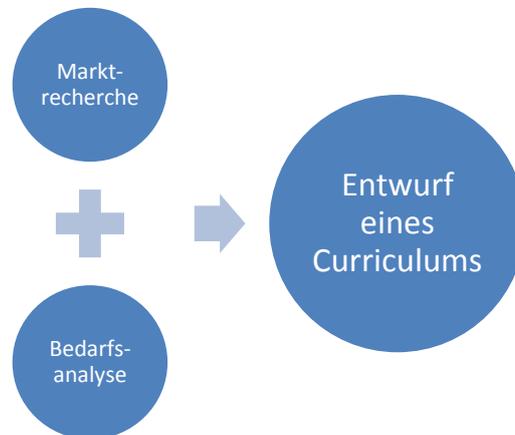


Abbildung 1 Vorgehen zur Entwicklung des Curriculums

Zunächst erfolgte eine bundesweit angelegte Internet-Recherche bereits bestehender Fortbildungsmöglichkeiten zur Bürger/innenbeteiligung. Das Ziel war es, einen Überblick über die am Markt bestehenden Angebote in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu erhalten. Hierzu entwickelte ORBIT eine Matrix, auf deren Grundlage die bestehenden Angebote inhaltlich analysiert wurden. Kriterien dafür sind unter anderem Anbieter, Zielgruppe, vermittelte Methoden und Inhalte, zeitlicher Umfang der Weiterbildung sowie Nutzung. Die Erkenntnisse der Marktrecherche fließen an geeigneter Stelle in den Bericht mit ein.

Die Bedarfsanalyse hat wiederum den Zweck sowie den Vorteil, die Wünsche potentieller Nutzer/innen der zu entwickelnden Weiterbildungsangebote zu erheben. Grundsätzlich wurde sie als Onlinebefragung, mit Hilfe des Tools „SurveyMonkey“, durchgeführt. Mithilfe desselben erhielten designierte Befragungsteilnehmer/innen einen Link per E-Mail mit dem sie an der Befragung teilnehmen konnten. Im Vorfeld der Versendung erfolgte eine breit angelegte Recherche von E-Mailadressen von Personen, die im Bereich Bürger/innenbeteiligung aktiv sind. Zusätzlich wurde dazu ermutigt den BefragungslinK an Bekannte und Kollegen/innen die ebenfalls thematisch eingebunden sind, weiterzuleiten. Dieses Vorgehen ermöglicht es jedoch nicht Rückschlüsse auf eine Grundgesamtheit (Repräsentativität) zu ziehen, da diese aufgrund der breiten Streuung nicht ermittelt werden kann.

Für die Befragung entwickelte ORBIT, in Rücksprache mit dem Auftraggeber, ein Erhebungsinstrument, das größtenteils geschlossene Fragen enthielt. Ergänzend erhielten die Befragten die Möglichkeit ihre Erfahrungen und Vorstellungen in offenen Fragen zum Ausdruck zu bringen. Der Fragebogen enthielt folgende Themenschwerpunkte:

- Allgemeine Angaben
- Bürger/innenbeteiligung in Kommunen:
 - Informelle Bürger/innenbeteiligung
 - Ausgestaltung der Bürger/innenbeteiligung
 - Erfahrungen bei der Bürger/innenbeteiligung
- Kenntnisse und Qualifikationen:
 - Eigene Kenntnisse
 - Fortbildungen
 - Bedeutsamkeit der Kenntnisse
- Vorstellung bezüglich eines Curriculums
 - Rahmenbedingungen
 - Methoden
 - Inhalte
 - Teilnahmebereitschaft

Die befragten Personen wurden gebeten, Aussagen hinsichtlich des persönlichen Stellenwertes von Bürger/innenbeteiligung zu treffen. Abgefragt wurde das Vorhandensein eines „hohen Stellenwertes“. Wurde „trifft voll zu“ gewählt, kann von uneingeschränkter Zustimmung ausgegangen werden. Eine Einschränkung der Zustimmung wird durch die Ausprägung „trifft eher zu“ angezeigt. Inverses gilt für die beiden letzten Ausprägungen, hier jedoch für Ablehnung. Die Ausprägung „teils/teils“ kann als Unsicherheit oder Unentschlossenheit bezüglich der klaren Positionierung zu den Bereichen Zustimmung oder Ablehnung interpretiert werden.

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgte im Wesentlichen mithilfe deskriptiver Statistik. Dies bedeutet, dass gewonnene Erkenntnisse ausschließlich für die tatsächlich befragten Personen Gültigkeit beanspruchen können. Die (induktive) Ausweitung über diesen Personenkreis hinaus auf andere (nicht befragte) potentielle Weiterbildungsnutzer/innen ist aufgrund fehlender Randomisierung der Stichprobe, wie bereits beschrieben wurde, nicht möglich.

Die Auswertung erfolgte einerseits in Form von Häufigkeitsverteilungen (am Beispiel: Wie viele Personen ordneten sich welcher Ausprägung hinsichtlich eines hohen Stellenwertes von Bürger/innenbeteiligung zu), andererseits mithilfe von Kreuzungen/Korrelationsanalysen (am Beispiel: Inwieweit hängt die Zuordnung mit individuellen Merkmalen wie dem Geschlecht etc. zusammen).

Im Anschluss an die durchgeführte Markt- und Bedarfsanalyse fand eine Vorstellung der Ergebnisse sowie deren Diskussion, im Rahmen eines Workshops mit dem Auftraggeber sowie Experten/innen auf dem Feld der Bürger/innenbeteiligung in Kommunen, statt. Die Erkenntnisse dieses Workshops fließen ebenfalls an geeigneter Stelle in den Bericht mit ein.

Im Folgenden wird zunächst der Kontext der Bürger/innenbeteiligung in den Kommunen näher betrachtet. Grundlage hierfür bilden die allgemeinen Angaben und Angaben zur Bürger/innenbeteiligung in der Kommune aus der Befragung (siehe Kapitel 3). Darauf aufbauend werden die Erwartungen der Befragten an ein Weiterbildungscurriculum dargelegt (siehe Kapitel 4).

3 BÜRGER/INNENBETEILIGUNG IN DEN UNTERSUCHTEN KOMMUNEN

In diesem Abschnitt erfolgt zunächst eine Beschreibung der Befragtengruppe mittels Angaben zu Alter, Geschlecht, der Bundesländer sowie zur Ausbildung und derzeitigen beruflichen Funktion. *Im Anschluss werden die individuellen Bedingungen, Erfahrungen und Kenntnisse hinsichtlich Bürger/innenbeteiligung vor Ort eruiert, die den Kontext für die Entwicklung eines Curriculums bilden. Erkenntnisse, die hierbei besonders relevant sind, werden kursiv dargestellt.*

3.1 Sozialstatistische Angaben

An der vom 20. Februar bis 16. März 2015 durchgeführten Onlinebefragung beteiligten sich insgesamt 269 Personen. Es ist festzustellen, dass eine nennenswerte

		Häufigkeit	Prozent
Geschlecht	männlich	105	59,7
	weiblich	71	40,3
	Gesamt	176	100,0

Tabelle 1 Geschlechterverteilung der Stichprobe (n=176)

Anzahl der Befragten unvollständige Angaben machte. Die Frage nach dem Geschlecht beantworteten 176 Befragte. Hiervon sind 59,7 %

männlich und 40,3 % weiblich. Bei Heranziehung der Altersstruktur der Stichprobe kann festgehalten werden, dass vornehmlich Personen an der Befragung teilnahmen, welche 40 Jahre und älter sind. Personen unter 30 Jahren bzw. bis 39 Jahre nahmen deutlich seltener an der Befragung teil (5,1 % bzw. 13,6 %).

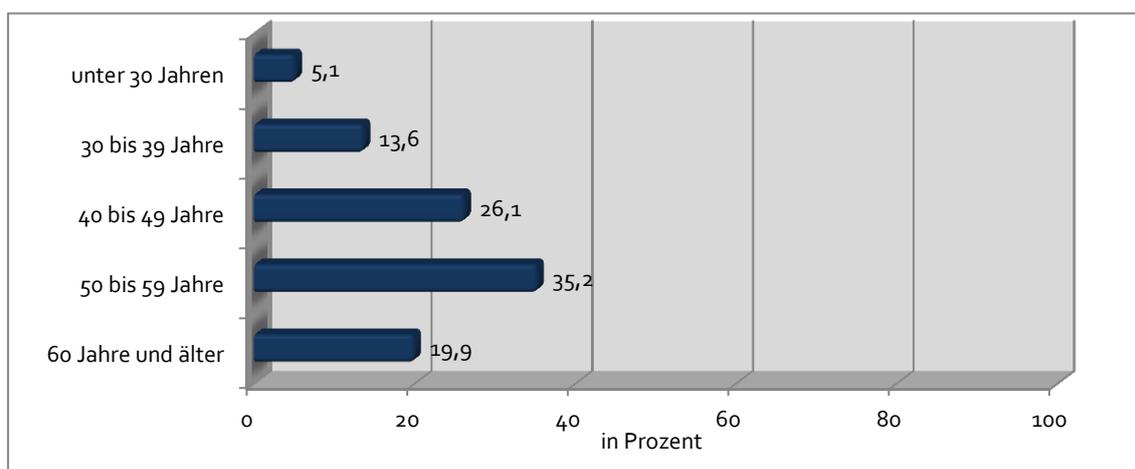


Abbildung 2 Altersstruktur der Stichprobe (n=176)

Eine weitere Frage betraf die Ausbildung der Befragten. Diese wurde in Form einer offenen Frage erhoben und anschließend kategorisiert. Aufgrund der Vielfalt der Angaben werden jeweils nur die zehn am häufigsten genannten Ausbildungen in absoluten Häufigkeiten dargestellt. Es dominieren Befragte, welche eine Ingenieursausbildung absolviert haben, gefolgt von Absolventen der Pädagogik/Erziehungswissenschaften.

Ausbildung	Anzahl
Ingenieur	19
Pädagogik/ Erziehungswissenschaften	17
Studium	10
Politikwissenschaften	8
Jura	6
Soziologie	6
Hochschulabschluss	5
Germanistik	5
Betriebswirtschaft	5
Kaufmänn. Ausbildung	4

Tabelle 2 Zehn häufigste Ausbildungen der Befragten (n=14,6)

Die Angaben der Befragten bezüglich des von ihnen ausgeübten Berufs wurden aufgrund der Vielfalt ebenfalls kategorisiert. Die am stärksten vertretene Gruppe ist die der „anderen Berufsgruppen“, in welcher verschiedene Tätigkeiten zusammengefasst sind (beispielsweise Sekretärin, Theaterleitung oder Journalistin). Auffallend häufig sind in der lokalen Politik bzw. in der Verwaltung tätige Personen vertreten. Gleiches gilt für Rentner/innen.

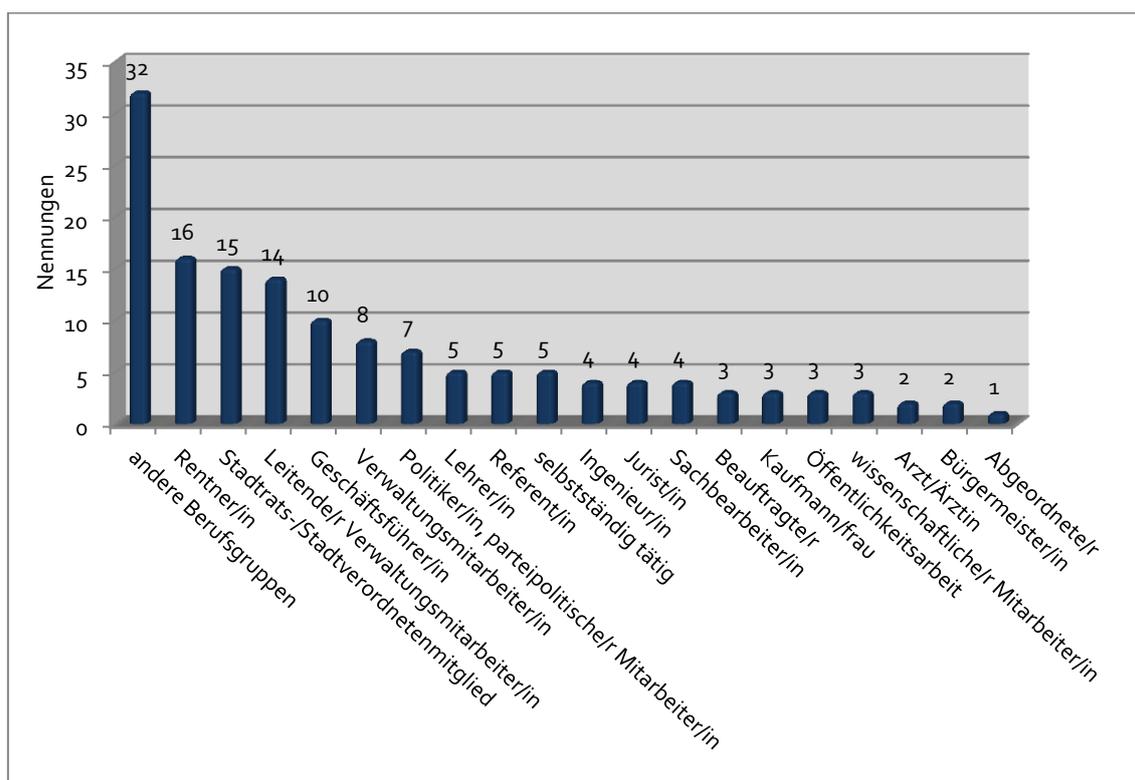


Abbildung 3 Berufliche Funktionen der Befragten (n=123)

Aufschlussreich ist ferner die Struktur der Befragten hinsichtlich des bewohnten Bundeslandes. Hier offenbart sich, dass die Beteiligung in einigen Bundesländern deutlich höher war, als in anderen. (Nordrhein-Westfalen: 22,8 %, Bayern: 18,0 % und Hessen: 17,4 %). Für andere Bundesländer gilt Gegenteiliges: Hier beteiligten sich nur wenige Personen.

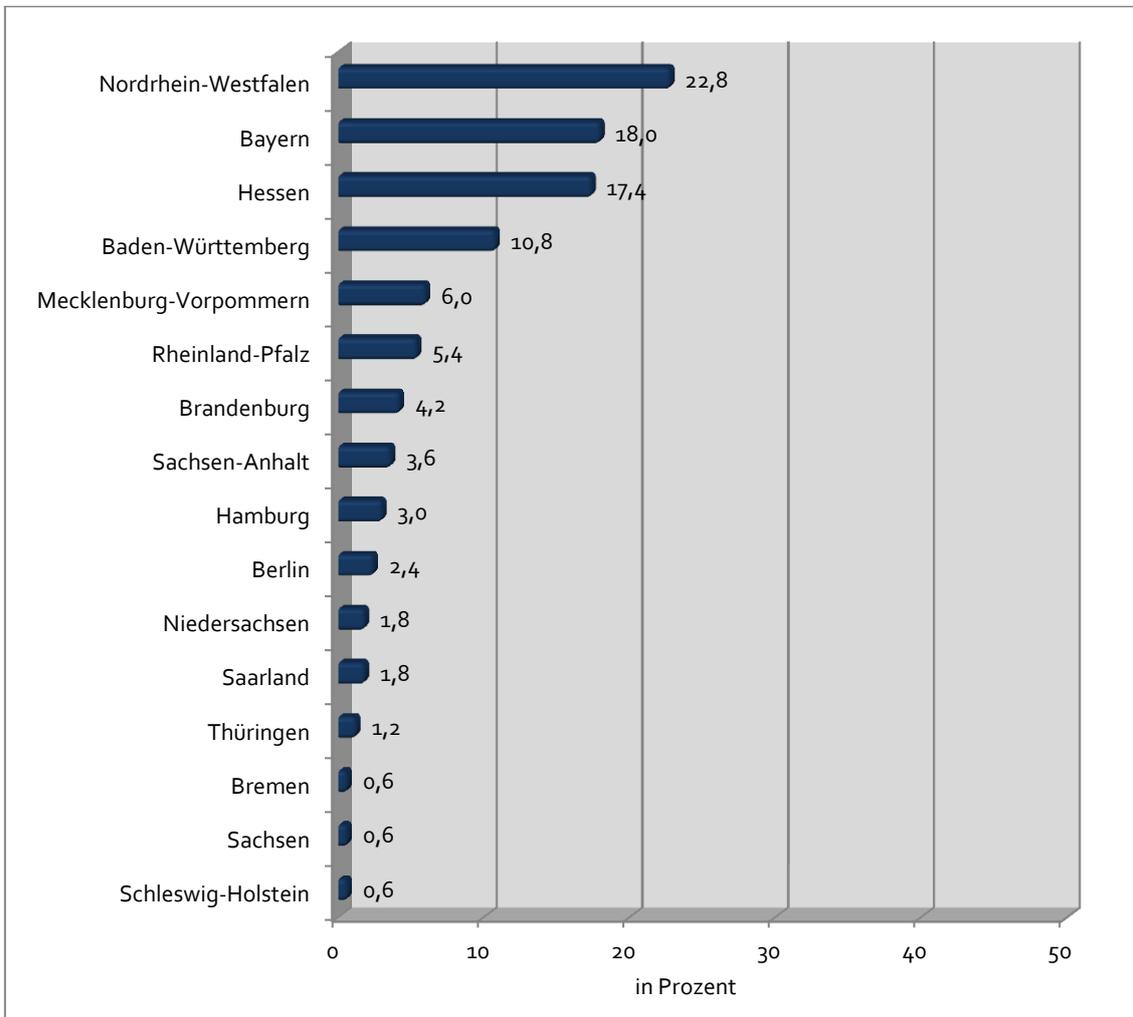


Abbildung 4 Rücklauf in den Bundesländern (n=167)

Im Rahmen der durchgeführten Marktrecherche wurde untersucht, inwieweit bereits Weiterbildungsangebote für in Bürger/innenbeteiligungsverfahren engagierte Personen bestehen. Es zeigt sich, dass dies schwerpunktmäßig in den alten Bundesländern der Fall ist. Zu nennen sind hier insbesondere die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, was sich auch anhand der Befragung feststellen lässt. Wie im Fortgang zu zeigen sein wird, ist dieser Umstand wichtig für zu entwickelnde Weiterbildungsangebote, um Akteure in den neuen Bundesländern zu stärken.

3.2 Bedingungen und Kenntnisse

Der zweite Teil der Befragung bezog sich auf individuelle Erfahrungen mit Bürger/innenbeteiligung. Einerseits ging es dabei um Rahmenbedingung der Beteiligung, andererseits um notwendige Kenntnisse.

3.2.1 Bedingungen kommunaler Bürger/innenbeteiligung

Zunächst wurden die Befragten gebeten, Angaben zum Zustand der örtlichen Beteiligungsmöglichkeiten vorzunehmen. Die erste Frage war auf das generelle Vorhandensein von Beteiligungsmöglichkeiten gerichtet: Demnach gaben 64,4 % der Befragten an, dass in ihrer Kommune informelle Beteiligungsmöglichkeiten bestehen. 35,6 % der Befragten gaben an, dass es derartige Möglichkeiten in ihrer Kommune nicht gibt.

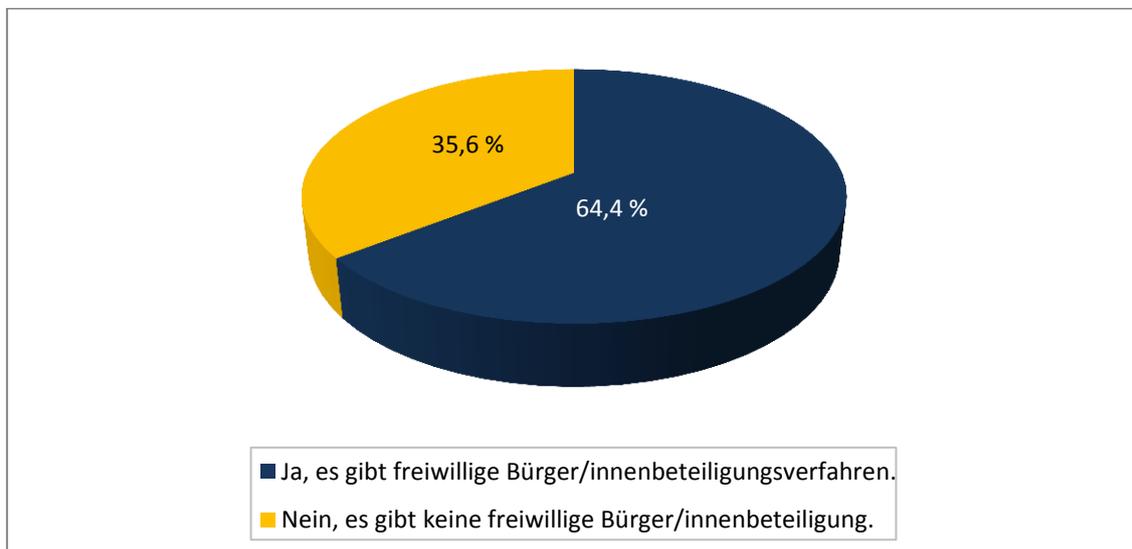


Abbildung 5 Generelles Vorhandensein von Beteiligungsmöglichkeiten (n=267)

Bei Berücksichtigung des jeweiligen Bundeslandes zeigt sich, dass alle Befragten aus Thüringen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen sowie Berlin das Vorhandensein informeller Beteiligungsmöglichkeiten bestätigen. Allerdings sind in diesen Bundesländern geringe Fallzahlen zu verzeichnen. Im am stärksten in der Befragung vertretenen Bundesland Nordrhein-Westfalen bestätigen 77,8 % das Vorhandensein (analog dazu: Bayern: 66,7 %; Hessen: 62,1 %).

In den folgenden Ausführungen werden lediglich Befragte berücksichtigt, die vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Kommune bestätigen. Bedeutsam hierbei sind Aussagen zur Bestehensdauer von freiwilliger Bürger/innenbeteiligung, zu den möglichen Bereichen der Beteiligung sowie zu den dabei ausgefüllten Rollen/Funktionen.

Hinsichtlich der Dauer des Bestehens freiwilliger Bürger/innenbeteiligung in der Kommune ist festzuhalten, dass in zahlreichen Kommunen bereits seit mehreren

Jahren freiwillige Bürger/innenbeteiligung stattfindet. In 17,4 % der Kommunen besteht diese erst „seit Kurzem“.

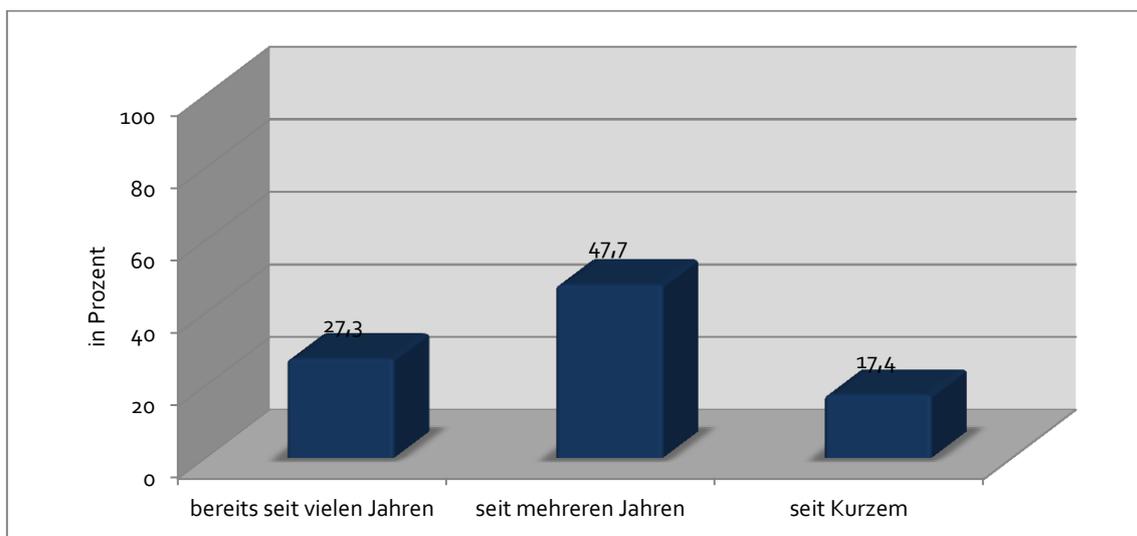


Abbildung 6 Bestehensdauer von Beteiligungsmöglichkeiten in der jeweiligen Kommune (n=172)

Weiterhin wurden Themenbereiche abgefragt, in denen freiwillige Bürger/innenbeteiligung betrieben wird. Bei dieser Frage war das Nennen mehrerer Bereiche möglich (Mehrfachnennungen). An der Beantwortung derselben beteiligten sich insgesamt 149 Personen mit 532 Nennungen. Die untenstehende Abbildung zeigt, wie viele Nennungen auf die jeweiligen Bereiche entfallen, wobei die absolute Anzahl der verzeichneten Nennungen dargestellt wird. Hierbei dominieren Bau, Jugend, Soziales und Umwelt. Am seltensten wurden Beteiligungsmöglichkeiten in den Bereichen Wirtschaft und Gesundheit berichtet.

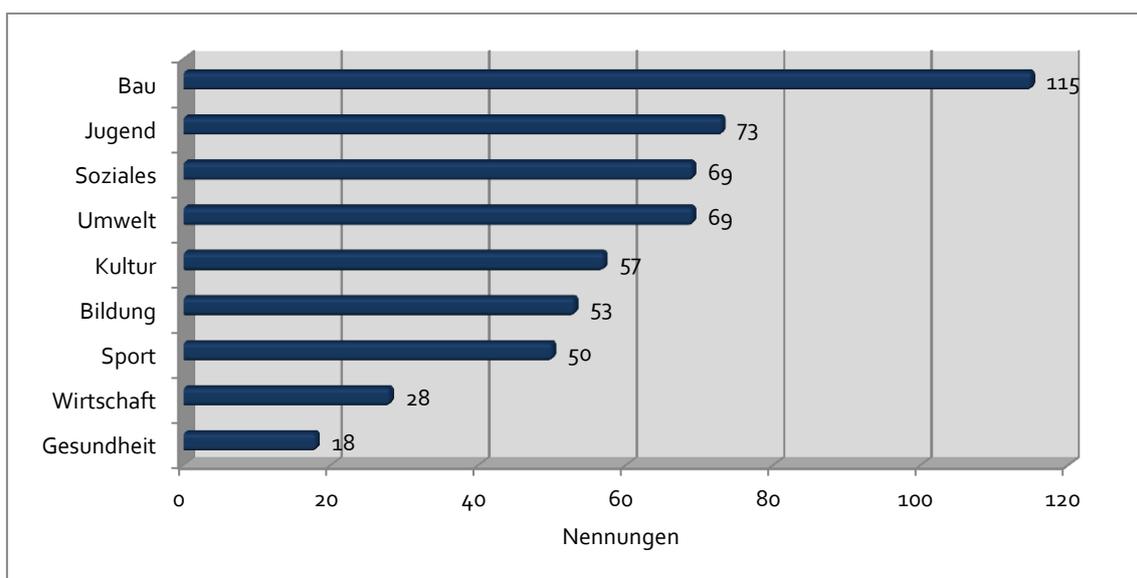


Abbildung 7 Bereiche der Bürger/innenbeteiligung. (n=149)

Im Rahmen einer offenen Frage wurde nach positiven Erfahrungen mit vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten gefragt. Es zeigt sich, dass insbesondere die Beteiligung an

konkreten Projekten/Initiativen sowie die Umsetzung konkreter Anliegen aus der Bürgerschaft besonders wertgeschätzt werden. Des Weiteren wird die Identifikationssteigerung mit konkreten Projekten/Maßnahmen durch Bürger/innenbeteiligung erlebt und als positiv eingeschätzt. Interessant ist auch, dass dem Thema Flüchtlingspolitik in einigen Kommunen besondere Aufmerksamkeit zufällt, da es zumindest dreimal explizit genannt wurde.¹

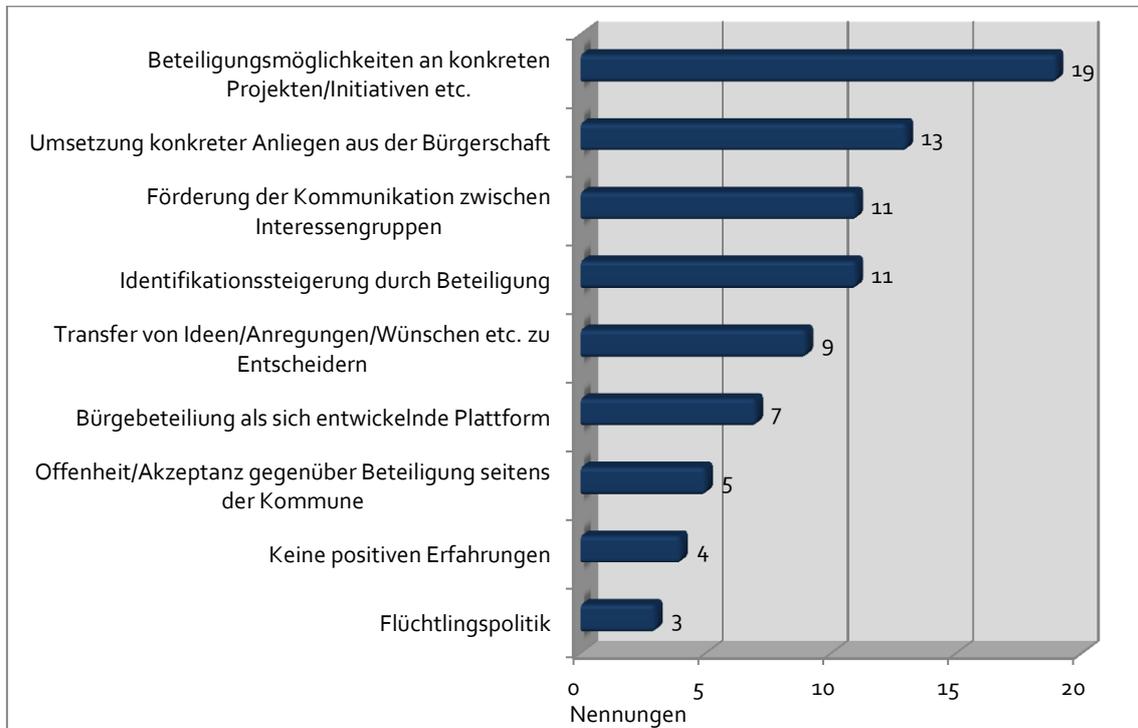


Abbildung 8 Positive Erfahrungen mit Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune (kategorisiert) (n=82)

Als problematisch wahrgenommen werden auf struktureller Ebene lokal zur Verfügung stehende finanzielle sowie personelle Ressourcen. Aufschlussreich ist ebenfalls, dass sich bisweilen zwei Statusgruppen gegenüberzustehen scheinen: Einerseits kann offenbar ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht zur Beteiligung motiviert werden, andererseits stoßen derartige Aktivitäten bei Politik und Verwaltung nur eingeschränkt auf Akzeptanz bzw. Unterstützung.

¹ siehe hierzu erstes Zitat S. 19.

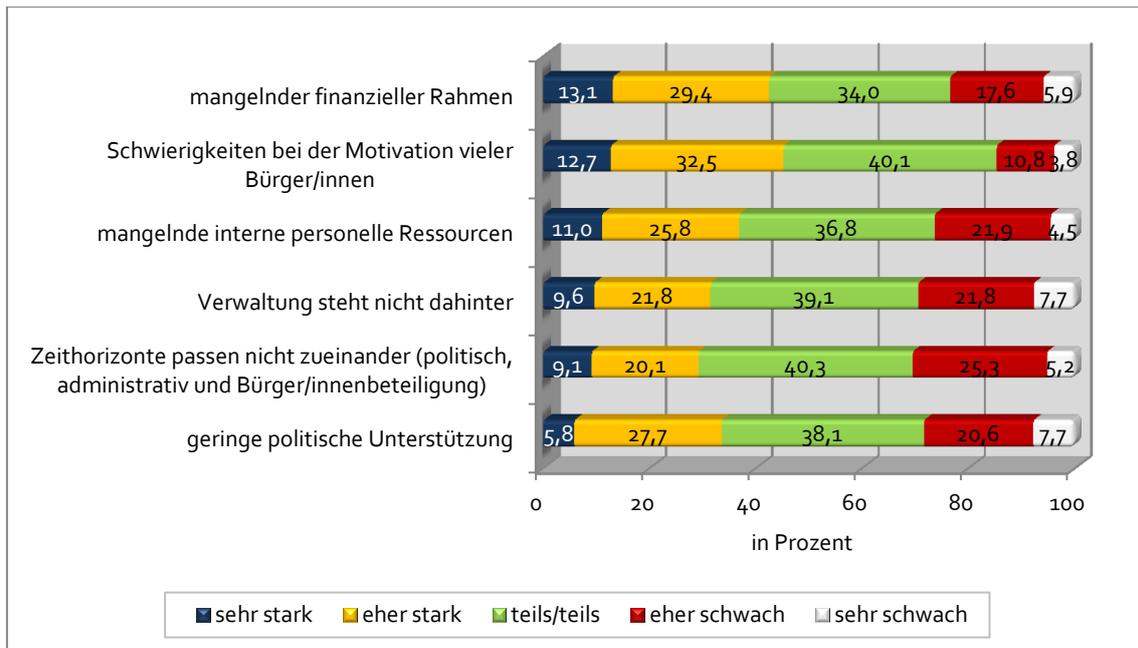


Abbildung 9 Probleme bei Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune (n=153-157)

Fehlende Motivation der Bürger/innen bildet sich auch im Rahmen einer offenen Frage ab, wo dieses Problem am häufigsten genannt wurde. Auch zeigen sich dabei Aspekte, die durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen aufgegriffen werden könnten: interpersonelle Kompetenzen, Erreichen von Bürgergruppen, Kommunikation, Koordination, etc..

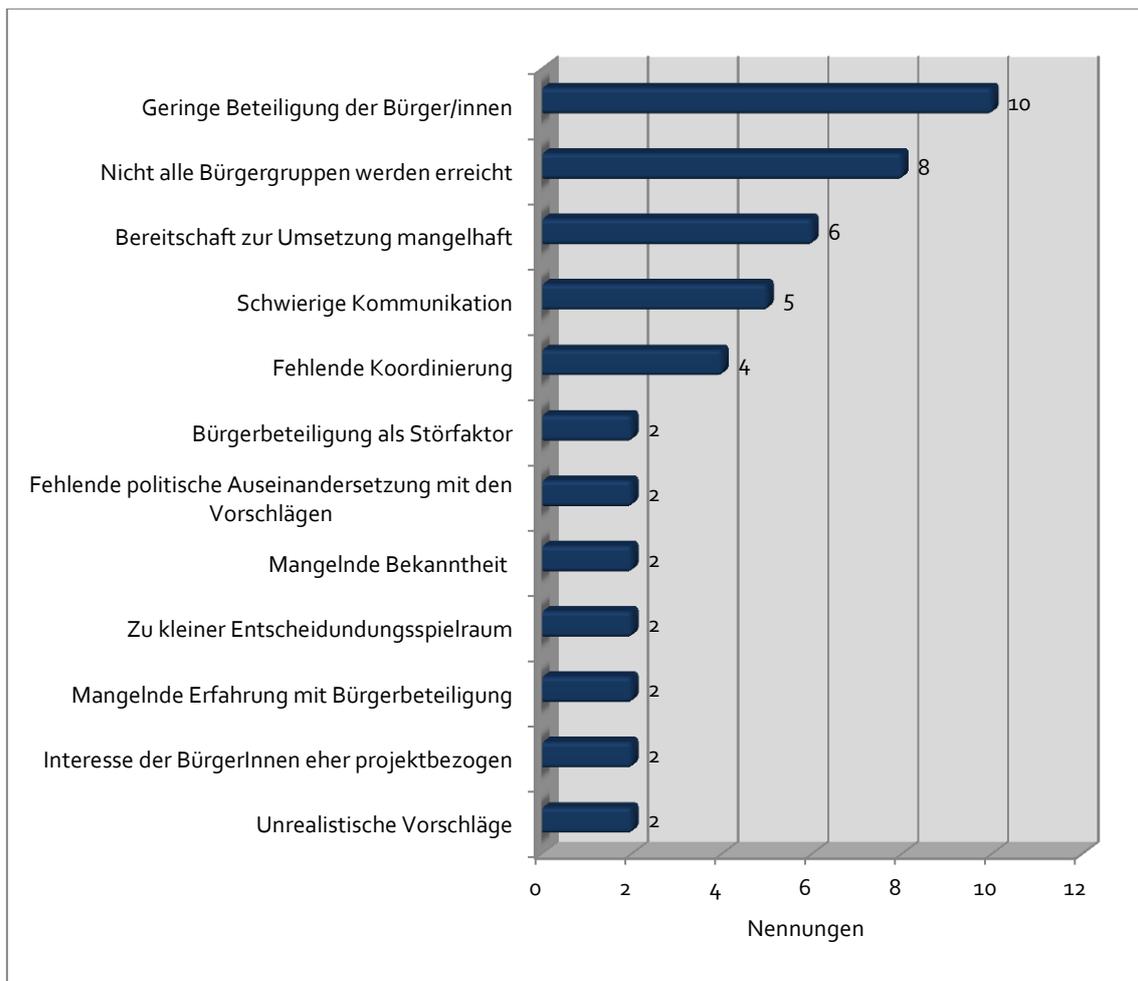


Abbildung 10 Probleme bei Bürger/innenbeteiligung innerhalb der Kommune (kategorisiert) (n=47)

Befragte konnten im Rahmen einer weiteren offenen Frage Beispiele benennen und beschreiben, welche aus ihrer Sicht Bürger/innenbeteiligung gut umsetzen. Da es sich hierbei um Einzelnennungen handelt, wurde auf die Kategorisierung der Angaben verzichtet. Stattdessen wurden exemplarisch fünf besonders detailliert beschriebene Beispiele ausgewählt.

„Als Projektverantwortlicher für ein Bürgerbudget muss ich natürlich leidenschaftlich diese Art der Beteiligung nennen, denn wir haben den deutschlandweit einzigen direktdemokratischen Bürgerhaushalt, in dem die Entscheidung der Bürger/innen bindend ist (es gilt natürlich der Haushaltsvorbehalt). Hierzu muss man aber ein Verfahren haben, wo Entscheidungen getroffen werden können - in diesem Fall sind es Projekte und Ideen, hierbei wird allerdings nicht offiziell diskutiert. Vielmehr werden die Bürger/innen angestoßen, sich Gedanken zu machen und bisher funktioniert es für unsere Stadt ziemlich gut.“

„Bei der Planung neuer Kinderspielplätze werden Kinder aus der nächsten Grundschule aktiv eingebunden und können aktiv bei der Auswahl der Spielgeräte mitentscheiden.“

„Diskussion um den Standort für eine Flüchtlingsunterkunft, zunächst gab es Protest aus der Nachbarschaft. Dann mehrere Öffentlichkeitsveranstaltungen, tlw. mit Workshop-Charakter, um gemeinsam eine Verbesserung der Planung und darüber hinaus der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Gemeinsame Entwicklung des Bebauungskonzepts mit Landkreis, Stadt, Bundesland und sonstiger Öffentlichkeit. Zum Entwurf in der Endfassung gab es im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens keine kritischen Stellungnahmen mehr. Gleichzeitig hat sich ein Netzwerk gebildet, bestehend aus den oben genannten Akteuren, die Initiativen zur Integration der Flüchtlinge bilden und umsetzen.“

„Erstellung des integrierten ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK) mit mehreren Beteiligungswerkstätten. Ein externes Büro hat die Veranstaltungen organisiert und aufbereitet. Das Konzept selbst wurde von mehreren Büros gemeinsam entwickelt (unterschiedliche Kompetenzen). Der Kreistag beschließt demnächst.“

„Gesamtverkehrsplan: Zuerst mehrere 5-stündige Workshops mit Verwaltung und Gemeinderäten und interessierten Bürgern (über 6 Monate), dann allgemeiner Ganztagsworkshop zur Vorstellung der Ergebnisse an die Bürgerschaft mit Einbringung von Bewertungen und ergänzenden Vorschlägen, dann Erstellung einer Prioritätenliste im Ausschuss des Gemeinderats. Beschluss im Rat ohne Veränderung der wichtigsten Themen.“

3.2.2 Kenntnisse hinsichtlich Bürger/innenbeteiligung

Wie ersichtlich, genießt Bürger/innenbeteiligung einen hohen Stellenwert bei den Befragten: 63,4 % stimmen einem „hohen“ Stellenwert „voll zu“. 47,3 % der Befragten interessieren sich auch über den beruflichen Kontext hinaus uneingeschränkt für Bürger/innenbeteiligung. Dies bildet sich mit Blick auf diesbezügliche Kenntnisse und Fähigkeiten ab: 71,7 % der Befragten stimmen (eingeschränkt) zu, Kenntnisse hinsichtlich Methoden der Bürger/innenbeteiligung zu besitzen. 10,2 % lehnen dies ab. Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt zu, bereits praktische Erfahrungen bei der Durchführung von Beteiligungsverfahren bzw. beim Moderieren von Arbeitsgruppen gesammelt zu haben.

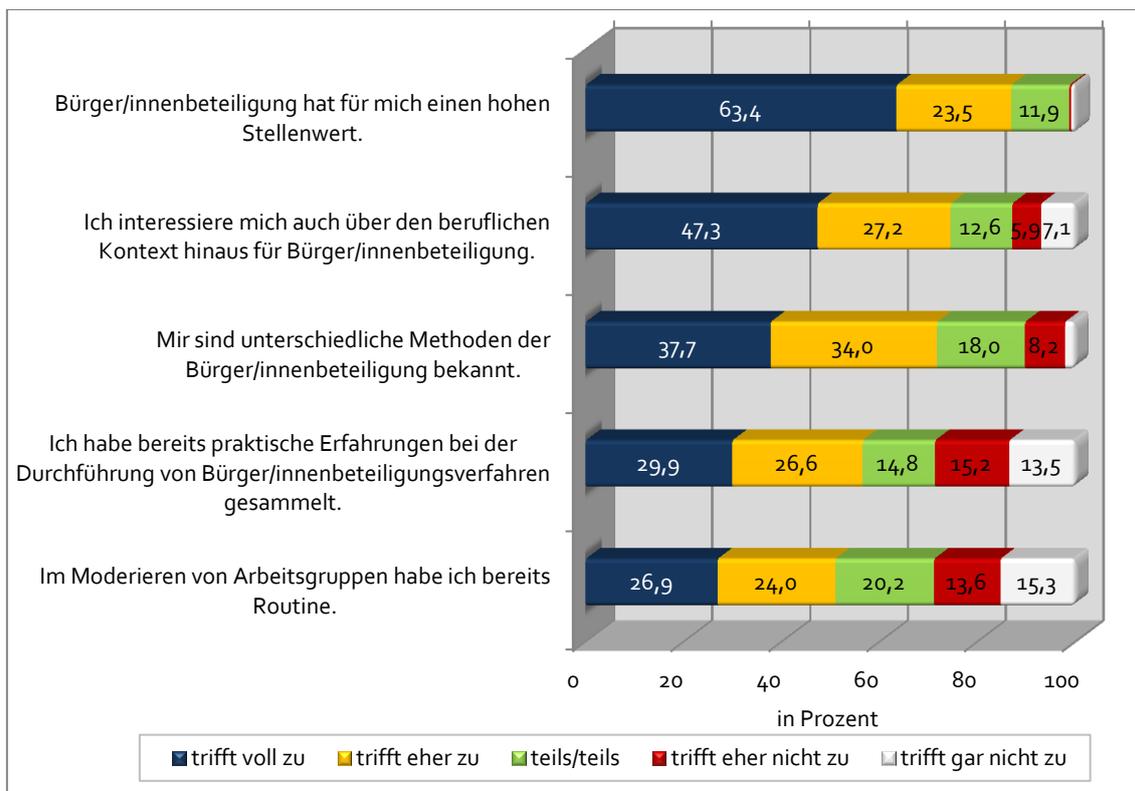


Abbildung 11 Kenntnisse bezüglich Bürger/innenbeteiligung (n=239-245)

Weiterhin können genauere Aussagen dahingehend getroffen werden, welche Kenntnisse bei den Befragten inwieweit vorhanden sind. Auffallend hohe Ausprägungen sind in der folgenden Tabelle grün, geringe blau markiert. *Hohe Ausprägungen in der Kategorie „keine Kenntnisse“ stellen dabei Anknüpfungspunkte/Themenbereich für zu entwickelnde Weiterbildungsangebote dar: Hier zu nennen sind die Durchführung von onlinebasierten Beteiligungsmöglichkeiten, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Ableitung einer Umsetzungsstrategie sowie Initiierung von Rückmeldeschleifen an Prozessbeteiligte (siehe Tabelle 3).*

absolute Angaben	praktische Kenntnisse	theoretische Kenntnisse	keine Kenntnisse
Durchführung von Präsenzveranstaltungen zur Beteiligung	95	86	57
Durchführung von onlinebasierten Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. Onlineforum)	41	88	91
Durchführung von schriftlichen Befragungen	88	107	46
Moderation von Bürger/innenveranstaltungen	111	81	47
Moderation von Konfliktgesprächen	85	85	64
Presse und Öffentlichkeitsarbeit	155	75	26
Zeitmanagement	107	93	43
Projektmanagement	130	83	39
Koordination von Werbemaßnahmen	86	75	68
Ansprache der unterschiedlichen Zielgruppen (Politik, Verwaltung, Bürger/innen, organisierte Interessenträger)	125	78	35
Motivation der unterschiedlichen Zielgruppen (Politik, Verwaltung, Bürger/innen, organisierte Interessenträger)	106	79	47
Maßnahmen zur Konfliktlösung	76	92	62
Finanzierung der Bürger/innenbeteiligung	38	74	106
Auswertung der Ergebnisse	85	87	63
Ableitung einer Umsetzungsstrategie	62	65	92
Umsetzung von Abwägungsprozessen	61	71	89
Initiierung von Rückmeldeschleifen an Prozessbeteiligte	50	60	106

Tabelle 3 persönliche Kenntnisse in bestimmten Gebieten der Bürger/innenbeteiligungsverfahren (Nennungen) (n=26-155)

4 ERKENNTNISSE FÜR DEN KONZEPTIONELLEN RAHMEN

4.1 Rahmenbedingungen

Abgefragt wurden die konkreten Rahmenbedingungen von Weiterbildungsangeboten hinsichtlich Struktur und Inhalt. Als (sehr) wichtig wurde dabei der Praxisbezug der Angebote eingeschätzt: 83,2 % der Befragten erachtet diesen als (sehr) wichtig. Anhand abgefragter Items können so Aussagen bezüglich der Struktur anzubietender Weiterbildungsangebote abgeleitet werden: Somit wären dies beispielweise Angebote, welche modularisiert im Rahmen ganztägiger Blockveranstaltungen stattfinden. *Die zu entwickelnden Weiterbildungsangebote orientieren sich an den Bedürfnissen der Befragten. Diese werden in der Regel als mehrtägige Blockveranstaltungen aufgebaut.*

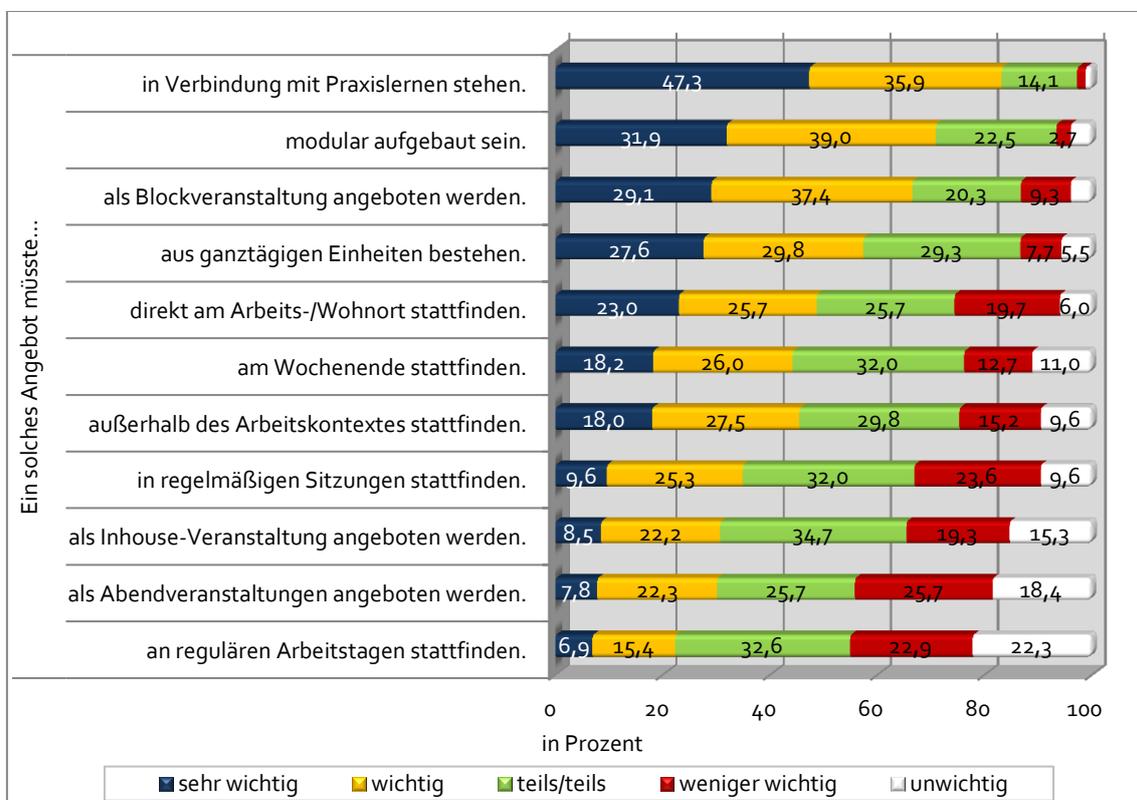


Abbildung 12 Bedeutsamkeit von Rahmenbedingungen (n=175-184)

Darüber hinaus ergab die Auswertung einer weiteren offenen Frage, dass potentielle Teilnehmer/innen neben der Berücksichtigung alltäglicher Verpflichtungen auch an motivierten Teilnehmer/innen und Dozenten/innen interessiert sind. Ferner repräsentiert die Zertifizierung sowie die damit verbundene Nachweisbarkeit der in Anspruch genommenen Weiterbildungsangebote eine Rahmenbedingung, die von einigen Befragten genannt wurde. Inhaltlich sollten die Angebote zum einen aktuell, zum anderen an die Zielgruppe(n) angepasst sein. *Insbesondere der Aspekt der Zertifizierung wurde aufgegriffen: Alle zu entwickelnden Module sollen eine Teilnahmebescheinigung vorsehen.*

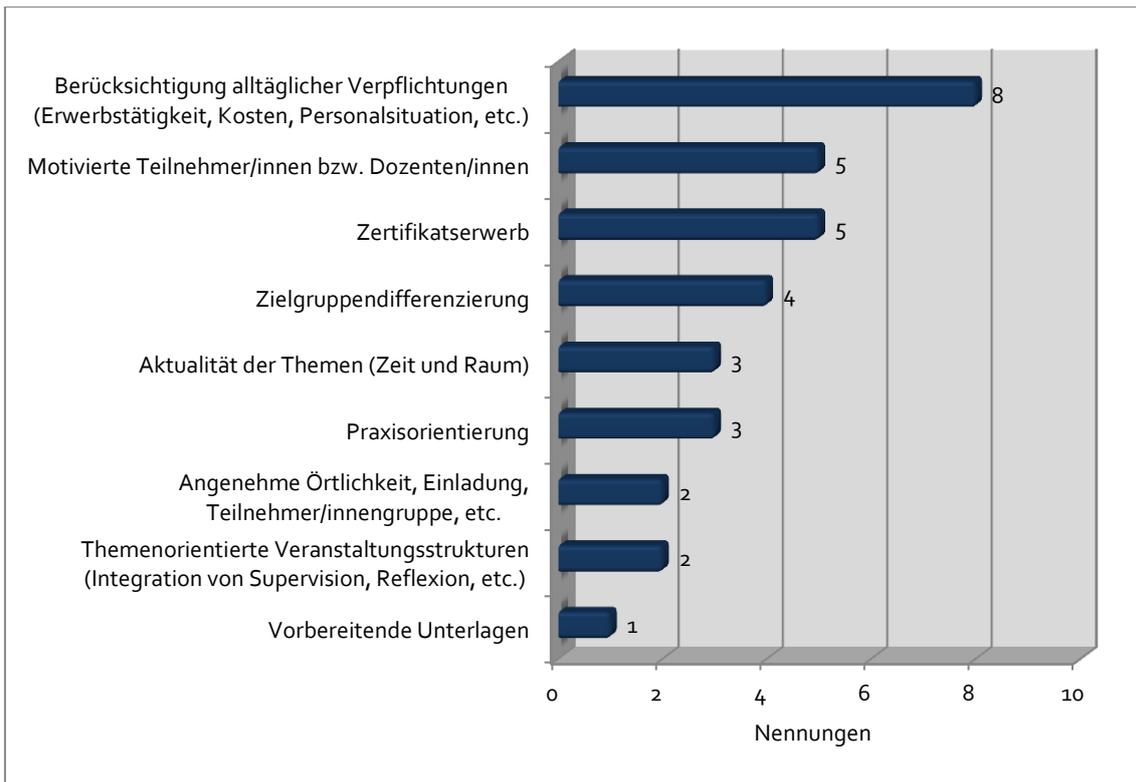


Abbildung 13 Bedeutsamkeit von Rahmenbedingungen (kategorisiert) (n=33)

4.2 Zielgruppe

Bei der Befragung wurde auch das Weiterbildungsinteresse der Befragten in den Blick genommen. Zunächst kann festgehalten werden, dass das prinzipielle Interesse an Weiterbildungsangeboten ausgeprägt ist. Lediglich 3,9 % der Befragten haben gar kein Interesse an denselben.

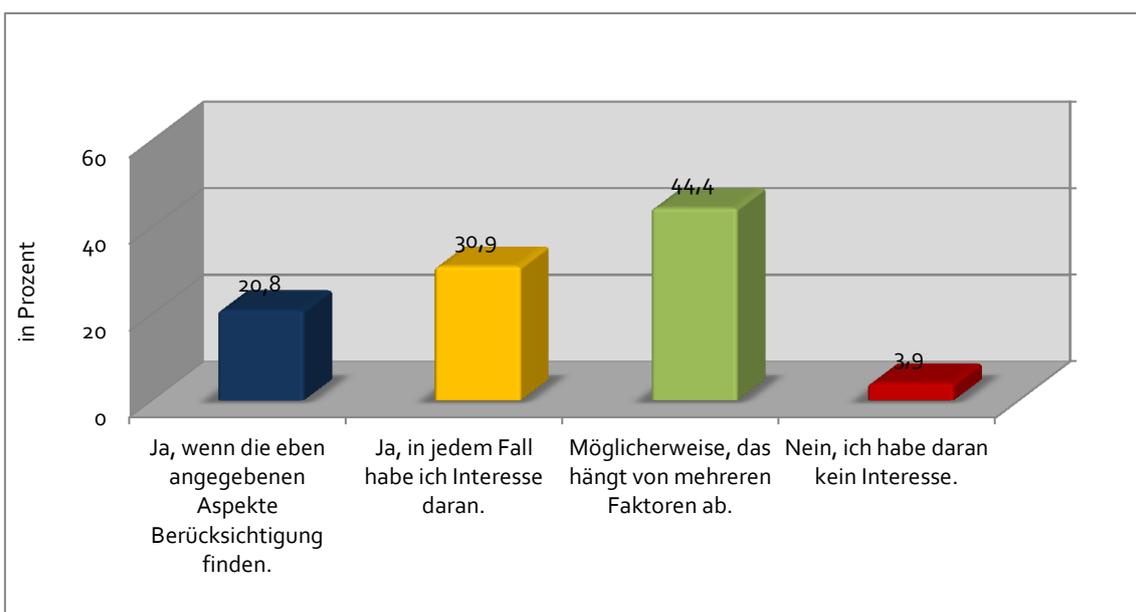


Abbildung 14 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung (n=178)

Ferner zeigt sich, dass insbesondere jüngere Befragte Weiterbildungsinteressen äußern. Ältere Befragte weisen tendenziell ein ausgeprägteres uneingeschränktes Interesse auf, als jüngere Befragte.

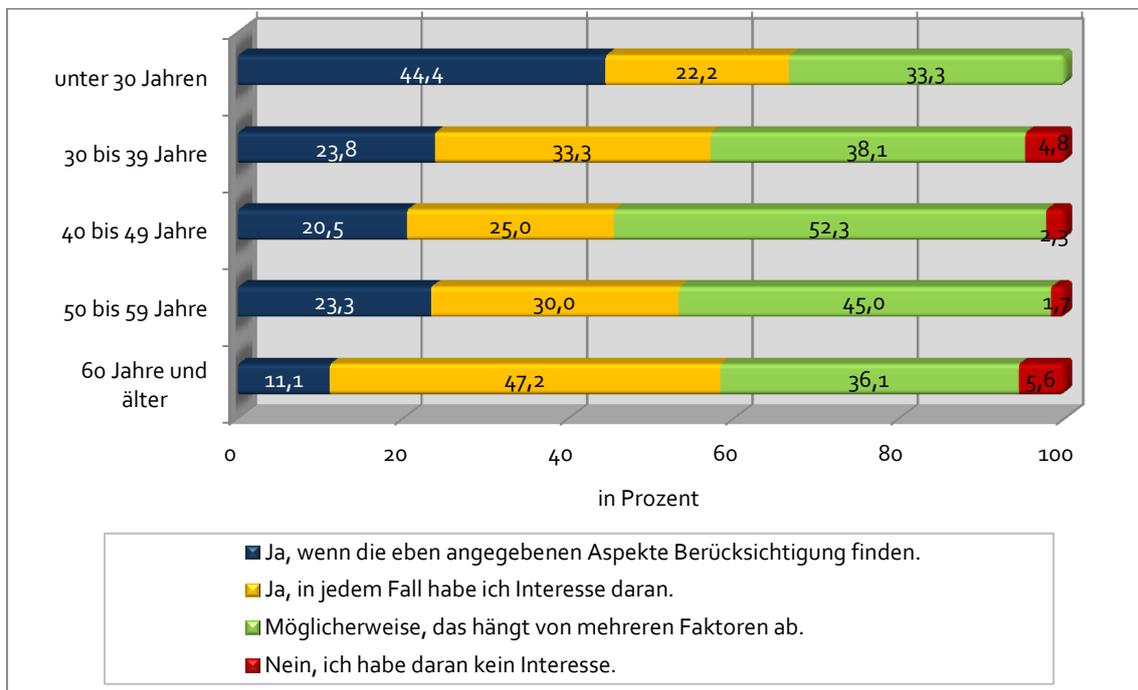


Abbildung 15 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Alter (n=170)

Bei der Berücksichtigung des Geschlechts offenbart sich, dass weibliche Befragte einerseits ein ausgeprägteres Weiterbildungsinteresse sowie andererseits ein geringer ausgeprägtes Weiterbildungsdesinteresse aufweisen.

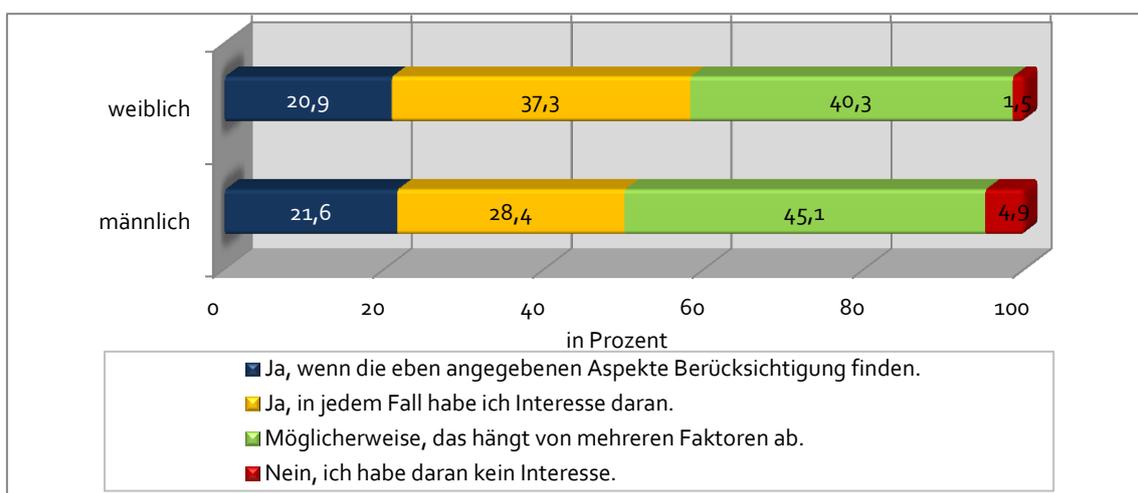


Abbildung 16 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Geschlecht (n=169)

Ferner wurde abgefragt, welche Rolle(n) die Befragten im Rahmen partizipierter Bürger/innenbeteiligungsverfahren bekleiden. Wie bereits bei anderen Fragen verdeutlicht, konnten hier erneut Mehrfachnennungen vorgenommen werden. Wie ersichtlich, entfallen die meisten Nennungen auf die Rolle „Teilnehmer/in“ gefolgt von „Organisator/in“ und „Koordinator/in“. Eine Hypothese lautet, dass viele

Teilnehmer/innen zugleich in Rollen wirken, die in den zu entwickelnden Weiterbildungsangeboten in besonderer Weise angesprochen werden (könnten). Dies legen die Befragungsergebnisse nahe: Wie anhand der gelb in Abbildung 17 dargestellten Angaben erkennbar, nehmen Teilnehmer/innen auch, neben ihrer Teilnehmer/innenrolle, die Rollen „Organisator/in“, „Moderator/in“, „Mitarbeiter/in“ sowie „Kordinator/in“, usw. wahr. Insgesamt entfallen auf die Rolle „Teilnehmer/in“ 113 Mehrfachnennungen.

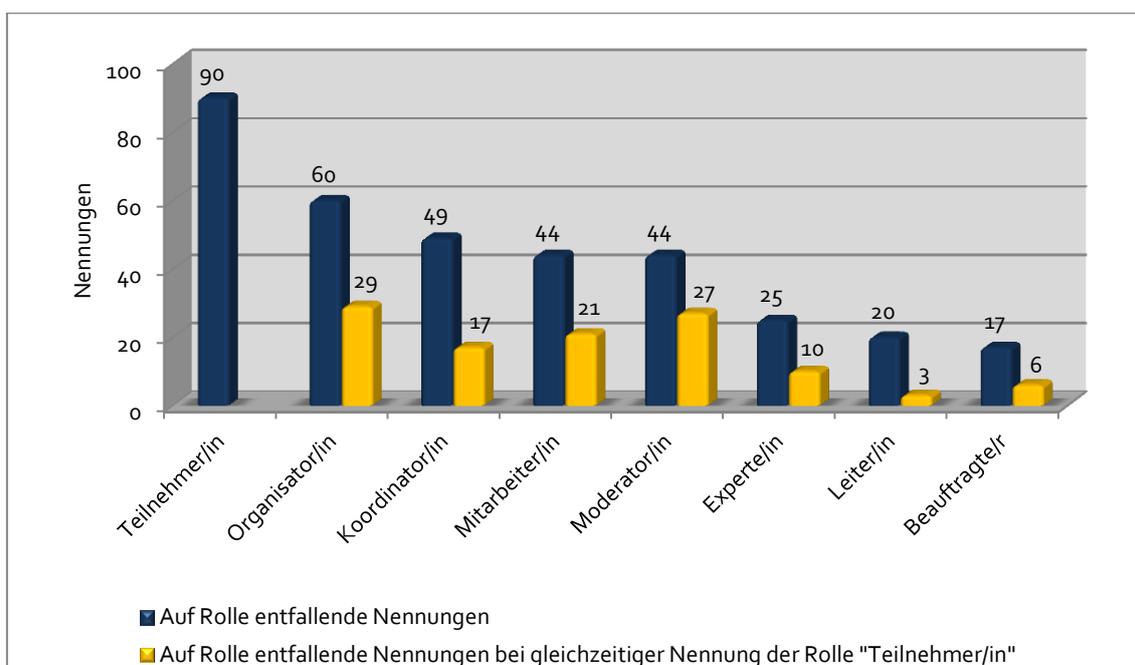


Abbildung 17 Rollen im Rahmen von Bürger/innenbeteiligung (349 Nennungen) (n=155)

Hinsichtlich der Anzahl der zusätzlich zur Teilnehmer/innenrolle ausgefüllten Rollen zeigt sich, dass im Mittel rund 1,3 weitere angegeben wurden. Am häufigsten (38 Nennungen) wird keine weitere Rolle bekleidet. 22 (11) Befragte gaben an, eine (zwei) weitere Rolle wahrzunehmen. Insgesamt nehmen 52 Befragte eine oder mehrere weitere Rollen zusätzlich zur Teilnehmer/innenrolle wahr.

Es ist feststellbar, dass befragte Personen, welche bestimmte Rollen in Bürger/innenbeteiligungsverfahren bekleiden, eher an Weiterbildungsangeboten interessiert sind. Bei der Betrachtung des generellen Interesses ist erkennbar, dass Koordinatoren/innen, Moderatoren/innen sowie Organisatoren/innen hier das ausgeprägteste Interesse aufweisen. Das ausgeprägteste uneingeschränkte Interesse weisen Beauftragte, das ausgeprägteste Desinteresse Teilnehmer/innen auf.

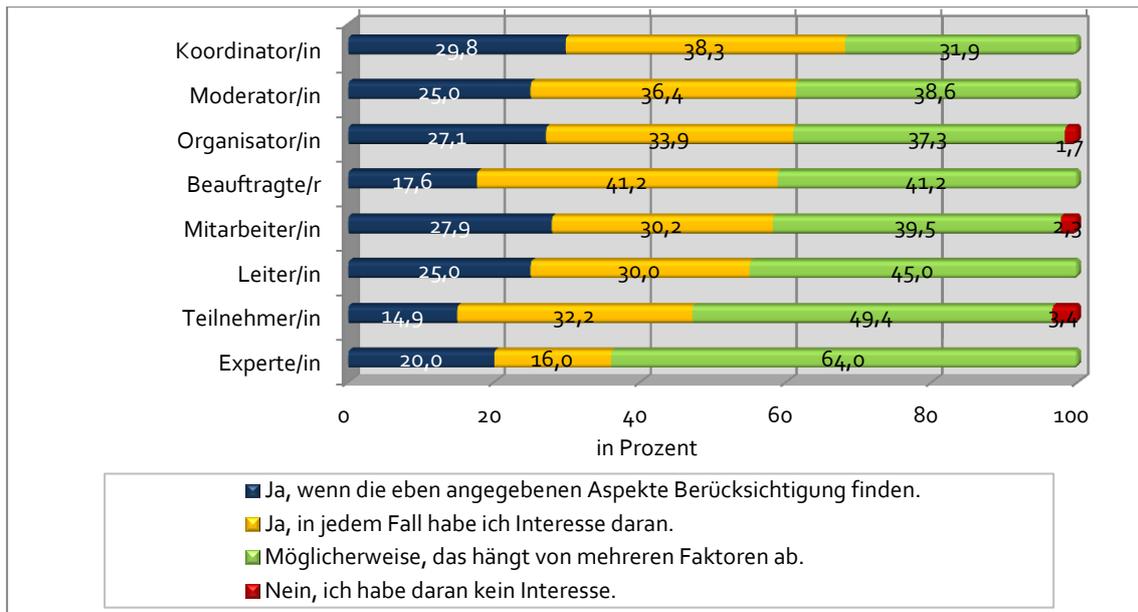


Abbildung 18 Interesse an Qualifizierungsangeboten zur Bürger/innenbeteiligung nach Rolle (n=17-87)

Die oben dargestellten Erkenntnisse legen nahe, dass jüngere bzw. weibliche Personen eine anzustrebende Zielgruppe für Weiterbildungsangebote sein könnte. Ferner könnten Angebote Kompetenzen und Fähigkeiten fokussieren, welche insbesondere im Rahmen von Koordinations-, Moderations- sowie Organisationstätigkeiten benötigt werden.

4.3 Inhalte und Methoden

Die durchgeführte Befragung fokussierte auch mögliche inhaltliche Schwerpunkte. Diese sehen sich alle einem ausgeprägten Zustimmungsverhalten ausgesetzt. Der Frage, welche Aspekte eingeschlossen werden sollten, könnte die Frage gegenübergestellt werden, welche Thematiken vernachlässigbar wären. Allgemein sind dies eher theoretische Aspekte von Bürger/innenbeteiligung wie die Vor- und Nachteile repräsentativer und direkter Demokratie, die Vermittlung des aktuellen fachlichen Diskurses oder die Vor- und Nachteile von Online-Partizipationsverfahren. Eingeschlossen sollten, wie bereits an anderer Stelle ersichtlich, Aspekte, die auf die praktische Anwendbarkeit von Bürger/innenbeteiligungsverfahren abstellen.

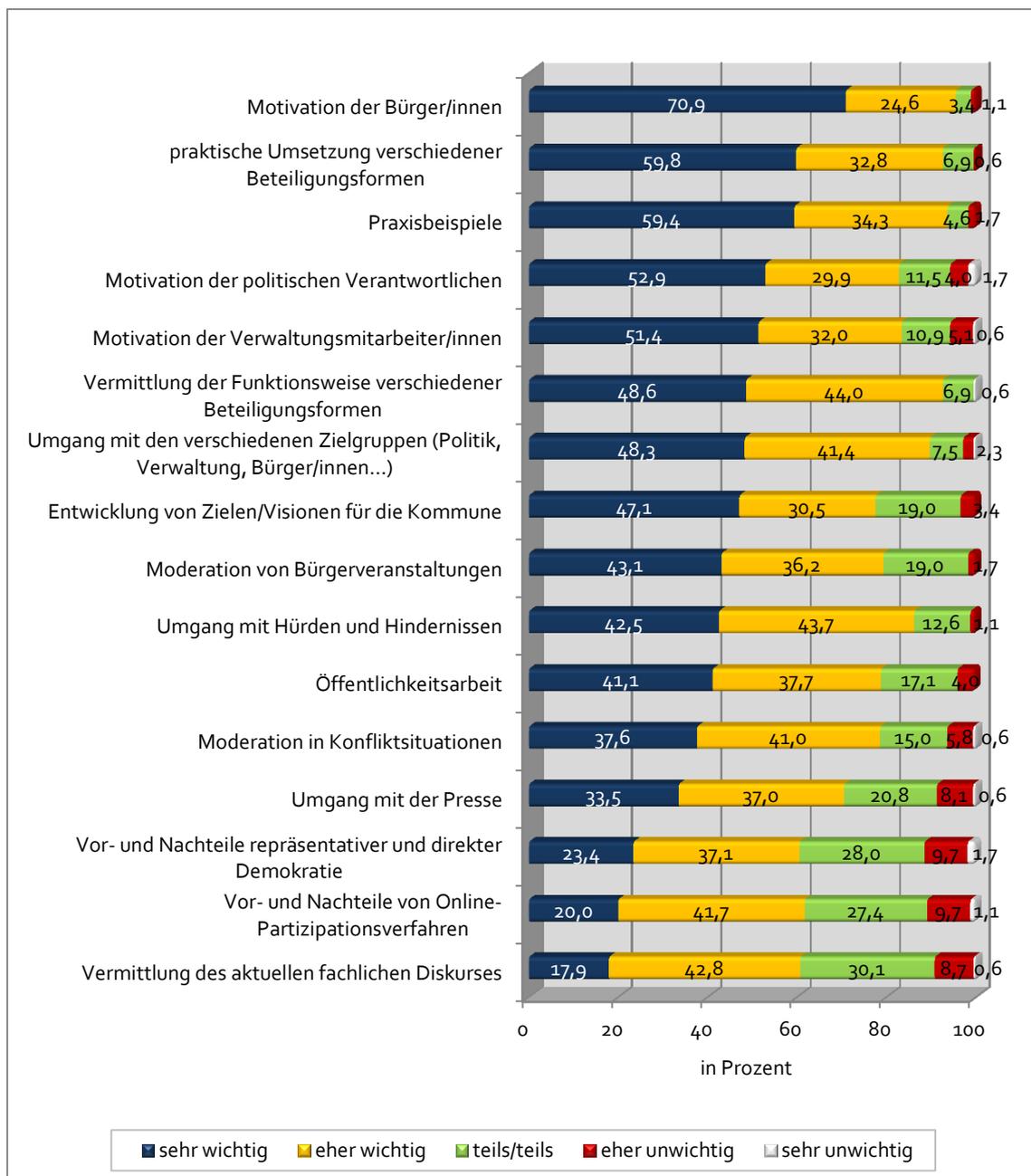


Abbildung 19 Bedeutsamkeit einzelner Inhalte als Bestandteil eines Curriculums (n=173-175)

Gleiches gilt für, im Rahmen von Weiterbildungsangeboten, zu vermittelnde Methoden. Besonders gefragt sind Methoden wie Zukunftskonferenz, Bürger/innenkonferenz/Konsensus-Konferenz oder Planungszellen/Bürgergutachten. Es zeigt sich, dass unbekannte Methoden auch seltener nachgefragt werden, als bekanntere. *Dies ist Ansatzpunkt für zu entwickelnde Weiterbildungsangebote: Ziel der Heinrich-Böll-Stiftung ist es, neue Wege der Bürgerbeteiligung aufzuzeigen, also gezielt auch solche Methoden aufzugreifen, die sich von dem bisher Bekannten und Praktizierten abheben. Daher könnte es auch Ziel sein, weniger bekannte und daher geringer angewendete Methoden zu thematisieren.*

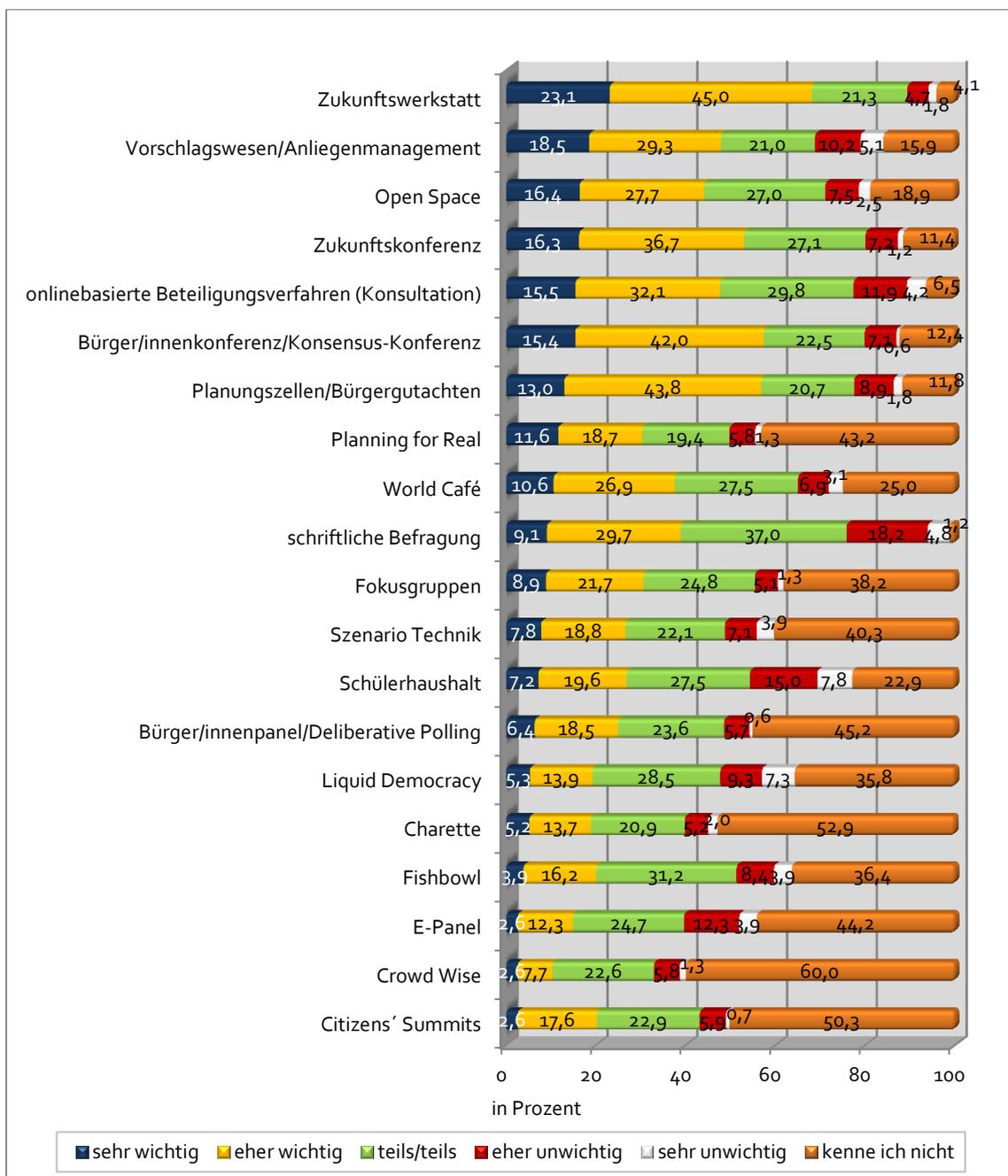


Abbildung 20 Bedeutsamkeit bestimmter Methoden als Bestandteil von Weiterbildungsangeboten (n=151-169)

Hinsichtlich der didaktischen Umsetzung gewünschter inhaltlicher Schwerpunkte ist festzuhalten, dass auch hier praktische Aspekte im Vordergrund stehen. Etwas widersprüchlich mutet die Tatsache an, dass die Befragten eher theoretische Inhalte weniger stark nachfragen (siehe Abbildung 19), jedoch 71,7 % derselben der vordergründigen Wissensvermittlung zustimmen. *Beides wird im Rahmen der zu entwickelnden Weiterbildungsangebote aufgegriffen: Zum einen findet die konsequente Verzahnung mit der Praxis statt, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Vertretern/innen von Beispielkommunen, andererseits werden Präsenzphasen auf praxisnahe Inhalte fokussiert, insbesondere durch das Bereithalten von Materialien, welche die theoretischen Inhalte bereits vorab den Teilnehmern/innen zugänglich machen. Damit wird auch auf die vereinzelte Erwartung reagiert, vorbereitende Unterlagen zur Verfügung zu stellen.*

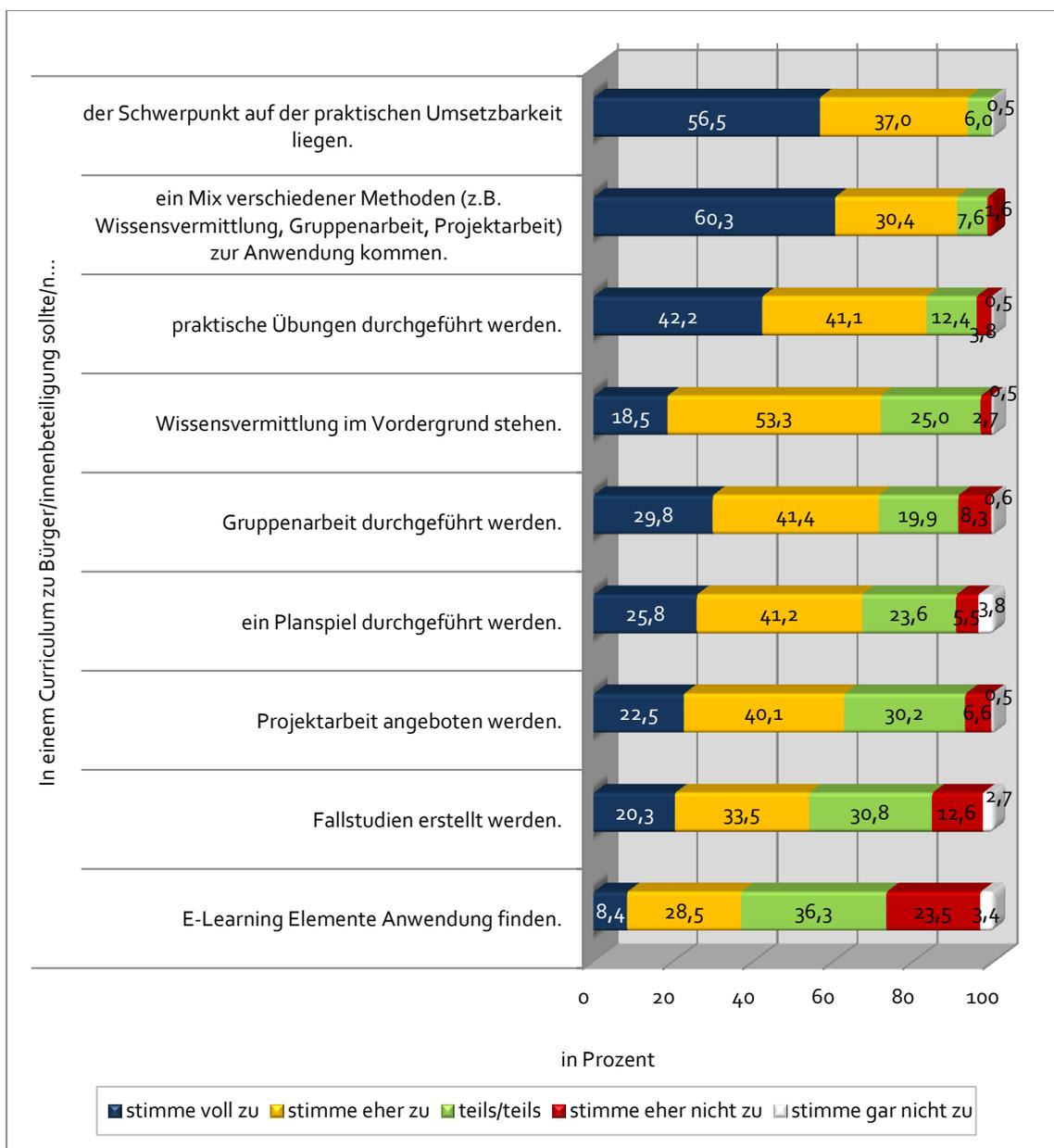


Abbildung 21 Vermittlungsmethoden im Rahmen von Weiterbildungsangeboten (n=179-184)